

Pressemeldung



24. Ordentlicher GdP-
Bundeskongress vom
22. bis 24. November 2010

Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 28. September 2010

GdP-Vorsitzender Freiberg besucht „Stuttgart 21“

GdP: Polizei braucht dringend Unterstützung für Dauereinsatz

Stuttgart/Berlin. Der personalintensive Dauereinsatz der Polizei in Baden-Württemberg am Bahnprojekt Stuttgart 21 gefährdet nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Sicherheit des Landes. GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Es ist völlig unverständlich, dass die Landesregierung bisher weder bei der Bundespolizei noch in anderen Bundesländern um Unterstützung nachgesucht hat“.

Bei seinem heutigen Besuch am Stuttgarter Hauptbahnhof und Gesprächen mit Vertretern der Bundespolizei und der Landespolizei erklärte der GdP-Vorsitzende: „Mehrere Hundertschaften werden täglich in Stuttgart benötigt, bei Demonstrationen und Kundgebungen wird die Zahl der Einsatzkräfte verdoppelt. Ganze Polizeidienststellen im Lande sind ausgeblutet, die polizeiliche Präsenz in der Nacht ist eine Einladung für jeden Kriminellen.“

Sorge bereitet der GdP, dass die Atmosphäre am Demonstrationort in der Stuttgarter Innenstadt immer angespannter werde. Insbesondere nachdem die Gespräche zwischen Befürwortern und Gegnern des Projekts abgebrochen worden waren, sei eine zunehmende Aggressivität zu spüren.

Rüdiger Seidenspinner, baden-württembergischer Landesvorsitzender der GdP ergänzt: „Es ist absehbar, wann die ersten Gewalttäter die Bühne betreten und Zulauf bekommen. Dann kommen wir auch mit den derzeit dort eingesetzten Kräften längst nicht mehr aus, um die Lage zu beruhigen.“ Seidenspinner wies darauf hin, dass die Überwachung freigelassener Sexualstraftäter und der Dauereinsatz der Polizei in Stuttgart bereits jetzt dazu führe, dass die übrige polizeiliche Arbeit nur mit halber Kraft getan werden könne. Seidenspinner: „Das wird unübersehbare Folgen für die Kriminalitätsentwicklung in Baden-Württemberg haben.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190